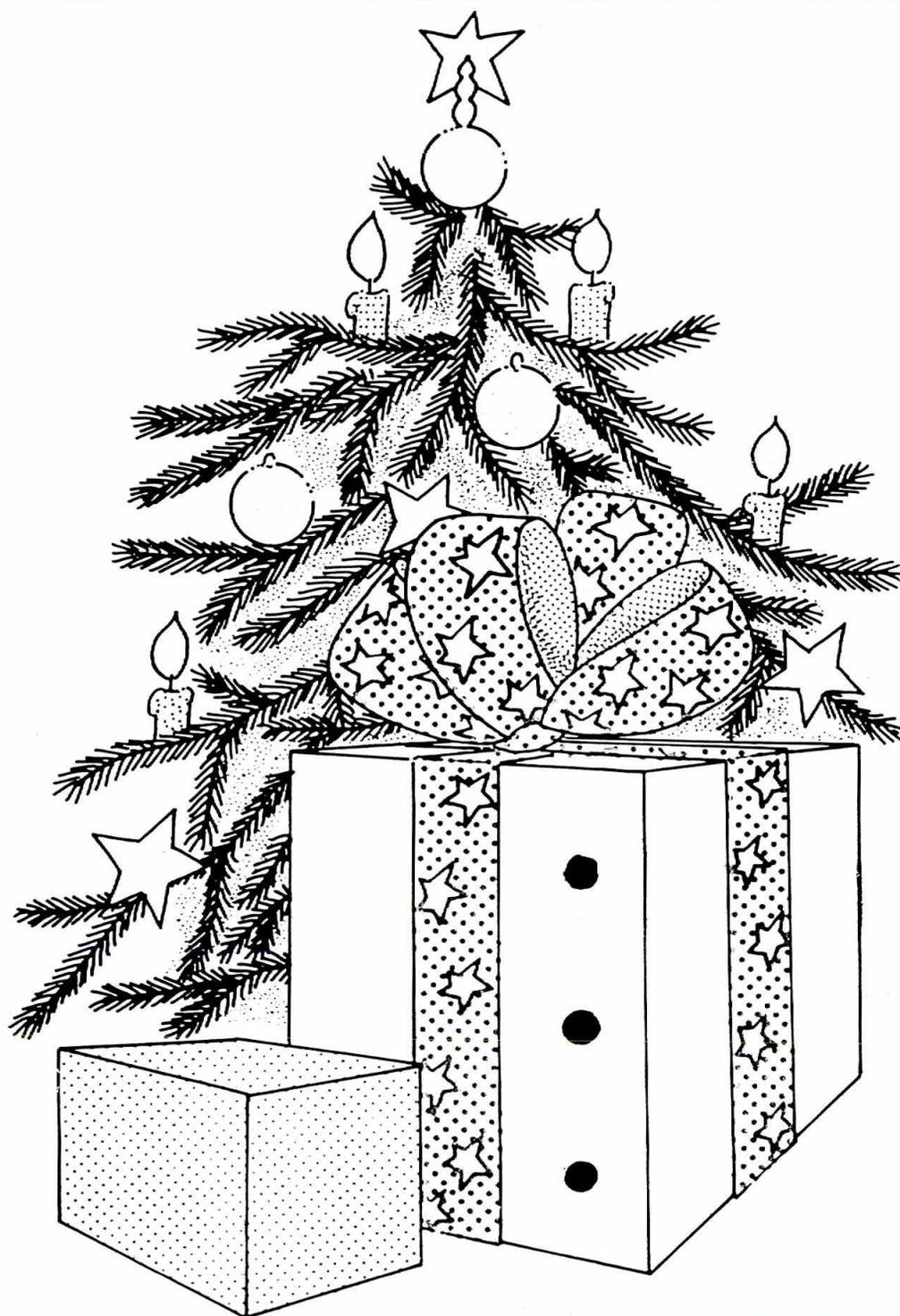


LAG

4 / 90

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



## INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

geschafft! Unser ehrgeiziges Vorhaben zu Beginn des Jahres, 1989 vier Ausgaben der LAG-Zeitung zu produzieren, ist mit dem vor Ihnen liegenden Heft in die Tat umgesetzt. Manchmal wollten wir selber nicht so recht daran glauben, vor allem dann nicht, wenn der Termindruck immer größer wurde und noch so viele andere Dinge "nebenher" zu erledigen waren. Daß es uns dennoch gelungen ist, dafür haben wir einer ganzen Reihe von Leuten zu danken: Den KollegInnen aus der LAG-Geschäftsstelle und aus den Projekten, die uns mit Artikeln für die Zeitung versorgten, den Verwaltungskräften in der Geschäftsstelle, die uns die Berichte in die Tasten hauten und jeweils in der Endphase der Produktion uns so manchen Telefonanruf vom Leibe hielten, den Buchhaltungsmenschen in der LAG für ihre Geduld, wenn wir wieder einmal tagelang den Computer blockierten, den LeserInnen, die uns bei der Fragebogenaktion im Frühjahr des Jahres oder auch bei sonstigen Angelegenheiten eine Rückmeldung zu unserer Arbeit gaben, natürlich auch den BewohnerInnen in den Siedlungen, ohne deren vielfältige Aktivitäten vor Ort es ja nichts in der Zeitung zu berichten gäbe und nicht zu vergessen, auch den Leuten im Druckkollektiv in Gießen, die immer wieder mit unseren Terminverschiebungen zu kämpfen hatten. Allen noch einmal von dieser Stelle aus, ein herzliches "Danke schön".

1991 - was wird dieses Jahr uns wohl bringen? Zunächst einmal hoffentlich keinen Krieg in der Golfregion. Und hoffentlich auch keine Abwälzung der Kosten des deutschen Einigungsprozesses auf die Schultern derer, die ohnehin zu wenig zum Leben haben. Wünschen würden wir uns bezahlbare Wohnungen, ausreichend entlohnte Arbeit für alle, die dies wollen, eine bedarfsgerecht ausgestattete Sozialhilfe, mehr Geld für die Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten, die Fortführung und landesweite Ausweitung der Sanierungsmaßnahmen in den Siedlungen und und und.

In Bezug auf die LAG-Zeitung werden wir wohl weitestgehend dem Motto "weiter so" folgen, sofern dem nicht finanzielle Grenzen gesetzt sind. Die Gelder im Landeshaushalt für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten sind nämlich seit 1986 auf etwa dem gleichen Stand festgeschrieben und auch für 1991 ist keine "müde Mark" mehr für diese Arbeit im Landeshaushalt vorgesehen. Hierüber haben aber letztlich auch ein Stück weit die WählerInnen bei den Landtagswahlen am 20. Januar mitzuentcheiden. Ansonsten würden wir uns sehr über Leserbriefe von vor Ort freuen. Hierfür würden wir doch glatt eine ganze Seite in der Zeitung reservieren.

In diesem Sinne wünschen wir, zusammen mit dem LAG-Vorstand und allen anderen GeschäftsstellenmitarbeiterInnen, allen LeserInnen "Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr".

Tina und Lothar

### INHALT

LAG-Mitgliederversammlung und Aktionstag in Wiesbaden...	S. 3
20 Jahre Sozialpolitischer Arbeitskreis Darmstadt.....	S. 5
Betroffene helfen Betroffenen: 10 Jahre Sozialhilfeverein Offenbach.....	S. 10
Und noch ein Fest ... aber was für eins!.....	S. 11
3 Jahre Hauswirtschaftsprojekt Mühlthal.....	S. 12
Recht.....	S. 13
Perspektiven der Spiel- und Lernstuben in Frankfurt.....	S. 14
Die 'Kids' aus Limburg on Tour in der Sowjetunion.....	S. 16
Arbeit und Kultur - Frauentagungen im Herbst.....	S. 20
Frauenarbeit in der GWA.....	S. 23
"...Und Alles hat am Ende sich doch gelohnt!".....	S. 24
Bewerbungstraining - das Thema des Monats.....	S. 25
Dies und Das.....	S. 26
Termine.....	S. 28

**Herausgeber:** Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,  
Moselstraße 25, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 069/250038

**Redaktion:** Christina Hey, Lothar Stock  
Mitarbeit: Monika Lorenz

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG UND AKTIONSTAG IN WIESBADEN**



*Die Mitgliederversammlung bei der Arbeit (Foto: Lorenz)*

Mit mehr als 80 TeilnehmerInnen war auch die Herbst-MV der LAG am Buß- und Betttag im Gemeinschaftszentrum Schelmengraben in Wiesbaden wiederum sehr gut besucht. Zu der im Rahmen des Aktionstages am Nachmittag stattgefundenen Diskussion mit den LandtagskandidatInnen von FDP, SPD und GRÜNEN waren sogar noch einige Personen dazu gekommen. Die Verpflegung der Gäste, die in den bewährten Händen der Frauengruppe aus der Frauensteiner Straße in Wiesbaden lag, ließ nichts zu wünschen übrig und auch die vom Gastgeber, der Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben (AGS), für den gesamten Tag organisierte Kinderbetreuung wurde von den Kindern gerne angenommen.

**Mitgliederversammlung**

Nach Abwicklung der zu Beginn jeder Mitgliederversammlung notwendigen Formalien stimmten die 30 Delegierten aus 15 Mitgliedsprojekten einstimmig der Aufnahme des Sozialhilfevereins Dietzenbach in die LAG zu. Herzlichen Glückwunsch!

Da aber gleichzeitig der Bewohnerrat Lämmerspieler Weg in Offenbach aus der LAG ausschied - alle Häuser der Siedlung wurden im Zuge der S-Bahn Erweiterung abgerissen (siehe LAG-Zeitung 3/90) - blieb

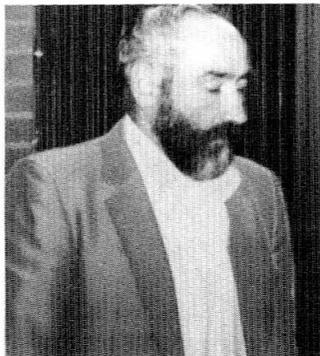
die Zahl der Mitgliedsprojekte in der LAG konstant. Derzeit sind dies 24 Bewohnerinitiativen/Gemeinwesenarbeitsprojekte aus Sozialen Brennpunkten bzw. örtliche Sozialhilfegruppen.

Durch den Rücktritt der beiden Kassenprüfer Reinhold Heigel und Karl Riehl aus beruflichen bzw. gesundheitlichen Gründen wurden Nachwahlen an diesem Punkt nötig. Zu neuen Kassenprüferinnen wurden Ilona Ulrich und Eugenia Thomas, beide aus Wiesbaden, gewählt.

Unter dem inhaltlichen Aspekt diskutierten die TeilnehmerInnen der Mitgliederversammlung die Frage der bundesweiten Zusammenarbeit der bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften. Für 1991 wird die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte als eingetragener Verein angestrebt. Voraussetzung hierfür ist jedoch die begründete Aussicht auf entsprechende Bundesmittel zur Finanzierung dieser Arbeit.

**Aktionstag**

Einstimmung in die am Nachmittag angesetzte Diskussion mit den LandtagskandidatInnen bildete eine gut einstündige Revue zu den einzelnen Arbeitsbereichen der LAG und der Gemeinwesenarbeit vor Ort.



Karl Bern trägt die Forderungen aus der Margaretenhütte/Gießen vor (Foto: Lorenz)

Die auf Leinwand zu verfolgenden Beiträge zur Jugend- und Frauenarbeit sowie zu den Themenbereichen "Sozialhilfe", "Wohnen" und "Armut in Hessen" wurden unterbrochen durch Life-Beiträge der Mädchen-Gruppe der AGS (Lambada), des Kinderzirkus Mimikipusch aus der Frauensteiner Straße und der Frauengruppe aus dem Finken-/Amselweg in Limburg ("Erlebnisse auf dem Sozialamt").

"Politik für arme Leut' - Positionen zur Wohnungs- und Sozialpolitik in Hessen" lautete das Motto

der anschließenden Diskussion mit Iris Blaul (Die GRÜNEN), Eva-Maria Schmitt-Thomas (FDP) und Frank Beucker (SPD). Die CDU konnte leider niemanden für dieses Thema benennen. BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen aus Sozialen Brennpunkten trugen dabei, ausgehend von den konkreten Problemen vor Ort, die Erfordernisse an eine an den Interessen einkommensschwacher Bevölkerungskreise orientierten Landespolitik an die KandidatInnen der Parteien heran. Während Iris Blaul auf viele Dinge sehr detailliert einging, beschränkte sich Frank Beucker im wesentlichen auf das von seiner Partei angestrebte aktive Beschäftigungsprogramm sowie auf eine ebenfalls mit Nachdruck zu betreibende Wohnungsbau- politik für breite Bevölkerungsgruppen und für Frau Schmitt-Thomas, die erstmals für den Hessischen Landtag kandidiert, war vieles des von den Betroffenen aus den Siedlungen Vorgetragenen politisches Neuland, das sie gerne mit in die Gremien ihrer Partei nehmen würde.

Lothar Stock

### WIR TRAUERN UM EINEN GUTEN FREUND

Am 12. November 1990, wenige Tage vor seinem 55. Geburtstag, verstarb Reinhard Lohrenz. Die Nachricht erreichte uns in der Geschäftsstelle - wir waren und sind alle sehr betroffen. Wir trauern um einen guten Freund.

Reinhard Lohrenz war Mit-Initiator, Wegbegleiter und Freund der Landes- arbeitsgemeinschaft. Schon vor zwanzig Jahren, im Rahmen seiner Tätigkeit beim Landesjugendamt, hat er sich für die Spiel- und Lernstuben in den hessischen Sozialen Brennpunkten außergewöhnlich stark engagiert. All seine Bemühungen waren immer mit dem Ziel verbunden, für und vor allem mit den BewohnerInnen in den Sozialen Brennpunkten eine Verbesserung ihrer Lebens- und Wohnsituation zu erkämpfen.

Dieses Ziel verfolgte er auch im letzten halben Jahr, während seiner neuen beruflichen Tätigkeit als Kreisjugendamtsleiter beim Landkreis Darmstadt-Dieburg, und vor allem auch "privat", bei seinen vielen ehrenamtlichen, sozialarbeiterischen wie politischen Aktivitäten.

An Reinhard Lohrenz haben wir seine Wärme und Liebe gegenüber Anderen geschätzt und so auch von ihm gelernt. Hierfür haben wir ihm zu danken!

Sein Erbe wird unter anderem in der Idee der Landesarbeitsgemeinschaft - in der Zusammenarbeit aller in der hessischen Brennpunktarbeit tätigen und engagierten Personen - weiterleben.

## 20 JAHRE SOZIALPOLITISCHER ARBEITSKREIS DARMSTADT

### - VON DER STUDENTENINITIATIVE ZUR INSTITUTION -

Nicht mehr wegzudenken aus den sozialen Einrichtungen in Darmstadt, ist der Sozialkritische Arbeitskreis (SKA). In Sachen "Anlaufstelle für ausländische MitbürgerInnen" ist er gar die allerste Adresse am Ort. Am 26. Oktober feierte der SKA sein 20jähriges Bestehen.

Angefangen hatte alles damit, daß sich Ende der 60er Jahre im Rahmen der Evangelischen Studentengemeinde engagierte Darmstädter BürgerInnen zusammenfanden, mit dem Ziel, gemeinsam mit den Betroffenen die städtische Obdachlosenpolitik und insbesondere die Wohn- und Lebensverhältnisse der Menschen in der Obdachlosensiedlung "Akazien-/Gehaborner Weg" zu verändern. Die Lebenssituation der in Darmstadt wohnenden ausländischen MitbürgerInnen - zum damaligen Zeitpunkt vor allem der Griechen und Kurden - spielte gleichfalls von Anbeginn an eine wichtige Rolle in der Arbeit.

1972 bereits kam es zur Einrichtung der "Internationalen Lern- und Spielstube" in der Frankfurter Straße. Die erste hauptamtliche Kraft im SKA folgte 1974.

Ab etwa Mitte der 70er Jahre begann man sich stärker auf die Arbeit mit ausländischen MitbürgerInnen zu konzentrieren und die ausgesprochene Obdachlosenarbeit rückte mehr und mehr in den Hintergrund. Die aktive Beteiligung der Betroffenen an allen Aktivitäten des Vereins blieb aber nach wie vor oberstes Ziel. So entstand in gemeinsamer Arbeit 1982 das Internationale Jugendzentrum in der Pankratiusstraße. Im gleichen Jahr wurde auch die Lern- und Spielstube Michaelisstraße als drittes Projekt in die Trägerschaft des SKA's übernommen.

Als bislang jüngste Einrichtung des längst zu der Institution in der Ausländerarbeit gewordenen Vereins, der übrigens 1979 für sein Engagement den Gustav-Heinemann-Preis erhielt, öffnete im Oktober 1984 das Internationale Mädchentreff seine Tore.

Neben diesen mit insgesamt 11 hauptamtlichen MitarbeiterInnen ausgestatteten (Sozialarbeits) Projekten bietet der SKA seit Anbeginn an außerdem seine wöchentliche Bürgerberatung für deutsche und ausländische MitbürgerInnen an. Diese Arbeit basiert allerdings nach wie vor auf ehrenamtlicher Grundlage.

Als eigenständiger Verein, der lediglich korporatives Mitglied im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau ist, plagen auch den SKA jährlich immer wieder die gleichen finanziellen Sorgen wie sie wohl allorts bei "freien" Initiativen anzutreffen sind. Ohne einen potenten Geldgeber im Rücken wird jede Preissteigerung bzw. Lohnerhöhung zum finanziellen Drahtseilakt (siehe hierzu auch den nachfolgenden Beitrag der Lern- und Spielstube Michaelisstraße). Da helfen auch keine noch so schöne Festreden. Erschwerend kommt beim SKA noch hinzu, daß trotz der mittlerweile erreichten Größe, die Verwaltungsseite völlig unterbelichtet ist. Für alle hier anfallenden Dinge, bis hin zur ständigen Haushaltsführung aller vier Projekte des Vereins, stehen lediglich Honorarmittel zur Verfügung.

Jetzt aber zurück zur Feier: Bürgermeister Benz dankte dem SKA für die engagierte und qualifizierte Arbeit. Frau Geschka, die Bevollmächtigte der Hessischen Landesre-

gierung für Frauenangelegenheiten beglückwünschte ebenfalls den SKA für die geleistete **soziale** Arbeit und dankte gleichzeitig für die **kritischen** Anmerkungen zur Politik. Beide Elemente würden eben bereits im Namen des Vereins zum Ausdruck kommen. Auch das Hessische Sozialministerium, das Landesjugendamt, das Diakonische Werk sowie weitere örtliche Institutionen überbrachten Grüße und Glückwünsche zum Jubiläum.

Das Festprogramm erstreckte sich gar über zwei Tage: Mädchen- und Kindertheater, eigene Produktionen der Kinder (Modenschau und Feuer-spucken), eine umfangreiche Darstellung der Projektarbeit, RAP-Disco, türkische Pantomime und Life-Musik - für jeden war etwas dabei.

Lothar Stock



(Foto: Bijan Monazah)

### "WIR HABEN ANGST - UND DIESE ANGST WIRD VON TAG ZU TAG SPÜRBARER"

Zuerst möchte ich alle hier anwesenden Personen begrüßen! Ich bin Türkin und lebe seit 20 Jahren in Deutschland und möchte ein paar Worte über uns Betroffene in diesem Land sagen.

Wie wir alle wissen, hat das neue Deutschland seine Wiedervereinigung gefeiert. Nun wollen wir das 20jährige Jubiläum des SKA's feiern, der jahrelang Migrantenarbeit macht. Es ist fraglich, ob wir als "Nicht-Deutsche" in diesem neuen Deutschland in absehbarer Zeit etwas zu feiern haben.

Ich möchte aus der Eröffnungsrede zum Tag der Wiedervereinigung am

3. Oktober 1990 Herrn Bundeskanzler Helmut Kohl zitieren: "Das neue vereinigte Deutschland wird sich immer für die Rechte der ethnischen Minderheiten in der ganzen Welt einsetzen." Herr Bundeskanzler Helmut Kohl braucht gar nicht soweit zu gehen, hier ein paar Beispiele aus heutiger Praxis:

- Vietnamesen aus der ehemaligen DDR werden heute mit 3.000 DM Rückkehrprämie nach Hause geschickt,
- in Dresden dürfen Neo-Nazis unter Polizeischutz demonstrieren,
- ein türkischer Asylbewerber wurde in Bayern abgeschoben,

obwohl eine Petition im Landtag vorlag - in der Türkei wurde er sofort an der Grenze festgenommen,

- der Bundeskanzlerkandidat Oskar Lafontaine spricht von Verschärfung des Asylrechts,
  - Neufassung des Ausländergesetzes, das am 1. Januar 1991 in Kraft tritt
- und und und.

Ja, meine Damen und Herren, das neue Deutschland hat in der nächsten Zeit viel vor. Es sind keine parteipolitischen Aussagen mehr, es scheint so, als wäre es ein nationaler Konsens geworden, wie man mit Minderheiten im neuen Deutschland umgeht. Die Wiedervereinigungskosten - sei es politisch oder finanziell - gehen zu Lasten der hier lebenden nationalen Minderheiten.

Wir, seit mehreren Generationen hier lebende Migranten, haben Angst. Ja, das sage ich mit aller Betroffenheit! Und diese Angst wird von Tag zu Tag spürbarer.

Ich möchte mit dem Satz "ein demokratischer Rechtsstaat wird daran gemessen, mit welchem Demokratieverständnis er mit nationalen Minderheiten in seinem Land umgeht" schließen und wünsche uns ein gutes Feiern dieses Jubiläums.

Nurcan Erkardas



(Foto: Bijan Monazah)

#### KEIN GRUND ZUM FEIERN IN DER MICHAELISSTRAßE -

#### WIRD DAS ZWEITJÜNGSTE KIND DES SKA NICHT ÄLTER ALS 10 JAHRE?

Die Lern- und Spielstube Michaelisstraße liegt mitten im Wohngebiet, aus dem ihre "Besucher" kommen: Auf dem Gelände der Deutschen Bundesbahn zwischen Michaelisstraße, Dornheimer Weg und Koblenzer Straße in Darmstadts Waldkolonie. Hier leben fast ausnahmslos ausländische Familien in einer ghettoartigen Situation.

Umgeben von Mauern und Zäunen wohnen etwa 400 Menschen marokkanischer, spanischer, türkischer und jordanischer Herkunft in zum größten Teil heruntergekommenen Wohnungen, oft ohne jeglichen Komfort. Dafür ist der Mietpreis erschwinglich, die etwas südländische Atmosphäre gewahrt und ungefährlicher Spiel-Raum für die Kinder durch einen großen freien

Platz in der Mitte gegeben. Die unverändert gebliebene Anordnung der arg sanierungsbedürftigen Gebäude führt zu dem richtigen Schluß: Es handelt sich um ehemalige Funker- und Luftschifferkasernen aus dem 1. Weltkrieg, die später von der Bundesbahn zu Betriebsgelände und Wohnungen umfunktioniert wurden.

Die Lern- und Spielstube hat hier zwei Domizile: Ein kleines, ehemaliges "Funkerhäuschen" für die Kinderarbeit und einen zweiräumigen Vorbau an einem Wohnhaus für die Jugendarbeit. Insgesamt werden (um- und vielschichtig) etwa 70 Kindern und Jugendlichen Hausaufgabenhilfen und Freizeitaktivitäten angeboten; der Bedarf ist jedoch viel größer. Die Räume sind

## SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

außerdem auch Treffpunkt für Feste und Feierlichkeiten, Diskussionen, Beratungstermine, Sitzungen des Bewohnerrates und anderes mehr.

In der Lern- und Spielstube arbeiten wir drei "Hauptamtliche" (zwei mit voller und einer mit einer 2/3-Stelle) mit mehreren Honorarkräften und zwei Zivildienstleistenden zusammen. Anträge über die Aufstockung der 2/3-Stelle sowie die Einrichtung einer Stelle für die Mädchenarbeit werden seit Jahren einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Die Finanzierung des Projekts erfolgt über fünf verschiedene Geldgeber:

1. Die Stadt Darmstadt, die mit 70.000 DM (fast die Hälfte des Gesamtetats) den größten Betrag stellt,
2. Das Landesjugendamt Hessen mit 47.530 DM,
3. Den hessischen Landeswohlfahrtsverband mit 45.000 DM,
4. Die Evangelische Gesamtgemeinde mit 1.000 DM,
5. Das Diakonische Werk, das die Honorargelder für die Hausaufgabenhelfer aufbringt.

Die Lern- und Spielstube stand finanziell noch nie auf festen, sicheren Beinen, doch das Ignorieren der stetig steigenden Personalkosten seitens der Geldgeber treibt die Finanzproblematik 1991 auf ihren Höhepunkt. Vom Diakonischen Werk erhielten wir folgende, realistische Vorausplanung der Gehaltskosten für 1991:

1. Stelle (Vollzeit): 60.037,75 DM
  2. Stelle (Vollzeit): 54.752,18 DM
  3. Stelle (Teilzeit): 44.456,91 DM
- Gesamtpersonalkosten: 159.246,84 DM

Stellt man den gestiegenen Personalkosten für 1991 unseren derzeitigen Gesamtetat in Höhe von 163.500 DM gegenüber, so bleiben für das ganze Jahr kärgliche 4.253,16 DM übrig!!! Dies muß ausreichen für: Miete, pädagogisches Material, Strom, Wasser, Heizung, Instandhaltung, Bürokosten, Telefon usw. usw.

Auf die schlechte Finanz- und Personalsituation haben wir immer wieder (z.B. in unseren Jahresberichten) hingewiesen. Darüber hinaus stellten wir entsprechende Finanzanträge bei der Stadt Darmstadt, da wir für sie eine wichtige Versorgungslücke ausfüllen und soziale Verantwortung dort übernehmen, wo Unterversorgung herrscht. Der Erfolg blieb bisher aus. Was bleibt uns in letzter Konsequenz? Schließung? Mängelverwaltung?

Durch den von der Bundesbahn geplanten Verkauf des Wohngebietes Michaelisstraße hat unsere Arbeit bereits eine Schwerpunktverlagerung hinter sich: Aufwendige und auch interessante Öffentlichkeitsarbeit, Durchführung einer Bewohnerbefragung, Gründung eines Bewohnerrates,.... Doch sehen wir gerade jetzt die Notwendigkeit einer gut funktionierenden Kinderarbeit, die zwischen den anderen Arbeitsfeldern fester Bestandteil bleiben muß. Die Kinder sind verunsichert und haben Ängste: Wo sollen wir dann wohnen? Wird die Spielstube abgerissen?

Klare Antworten können auch wir nicht geben, weshalb der Bewohnerrat und die Spielstube an die Bundesbahn mit einer Unterschriftensammlung herantritt:

*Wir fordern die Deutsche Bundesbahn dazu auf, die Menschen im Wohngebiet Michaelisstraße Darmstadt umgehend und schriftlich über den Stand der Verkaufsverhandlungen zu informieren!*

*Wir fordern die Deutsche Bundesbahn weiterhin auf, Verantwortung für ihre Mieter und Arbeitnehmer zu zeigen, indem sie den Verkauf des Areals unter soziale Gesichtspunkte setzt!*

*Sozialer Wohnungsbau statt wirtschaftliche Interessen!*

Sabine Fietzke, Helma Jung,  
Bernd Bierhals

Wir feiern 20 JAHRE SKA



(alle Fotos:  
Bijan Monazah)

**BETROFFENE HELFEN BETROFFENEN:**

**10 JAHRE SOZIALHILFEVEREIN OFFENBACH**

"Wir sind ein Verein von Betroffenen für Betroffene ... wir leisten nicht nur Sozialhilfeberatung, sondern auch ein Stück Lebensberatung." Mit diesen Worten begrüßte Friedrich Wenzel, in der LAG eigentlich nur als "Hannes" bekannt, die zahlreichen Gäste, die zur 10-Jahres-Feier des Sozialhilfevereins Offenbach am 9. November in dessen Beratungsräume in der Frankfurter Straße 57 gekommen waren.

Unter ihnen auch Bürgermeister und Sozialdezernent Nickel, der dem Sozialhilfeverein und seinen vielen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen für die in den Jahren seit der Vereinsgründung geleistete Arbeit dankte und diese Tätigkeit als einen unverzichtbaren Bestandteil im sozialen Leben der Stadt Offenbach bezeichnete. "Wenn auch der Sozialhilfeverein bei der Wahl seiner Mittel nicht immer übereinstimmt mit den Vorgaben im Sozialamt, so nimmt er doch einen wichtigen Teil der städtischen Aufgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz wahr", meinte Nickel wörtlich. Verbunden mit der Hoffnung auf auch weiterhin gute Zusammenarbeit überreichte Bürgermeister Nickel als kleines Dankeschön für das Engagement des Sozialhilfevereins - neben der städtischen Förderung mit jährlich 50.000 DM - einen Scheck in Höhe von gut einem halben Sozialhilferegelsatz.

Mit dem Sozialhilfeverein Offenbach hat "Hannes" auch ein gutes Stück LAG-Geschichte mitgeschrieben als es Anfang der 80er Jahre um die Aufnahme in die LAG ging: Als erste Initiative, die den engen örtlichen Rahmen des Sozialen Brennpunktes überwand und ihre Tätigkeit stadtübergreifend ausrichtete, hatte dies nach langen Diskussionen gar eine Ausweitung der LAG-Satzung zur Folge.

Lothar Stock



Zum zehnjährigen Bestehen des Sozialhilfevereins war auch Bürgermeister Heinz Nickel (rechts, stehend) in das Büro an der Frankfurter Straße 57 gekommen. Er gratulierte den Mitgliedern zum Jubiläum. Foto: Lang

**UND NOCH EIN FEST .... ABER WAS FÜR EINS !**

**BEWOHNERFEST "AM WEIßEN STEIN" IN IDSTEIN**

Unter dem Motto "Beendigung des 1. Sanierungsabschnittes" stand das diesjährige Bewohnerfest am 28. September 1990 "Am Weißen Stein" in Idstein. Darüber hinaus war das Fest eingebunden in das Programm der "Woche der ausländischen Mitbürger", die in Idstein von mehreren Vereinen und Verbänden mit einem abgestimmten Programm veranstaltet wird.

Der erste Stadtrat der Stadt, Herr Poppe, der mit seiner Frau gekommen war, überzeugte sich von den Fortschritten der Sanierung. Er besuchte einige Familien in ihren "neuen" Wohnungen und zeigte sich erfreut über die Veränderungen, für die ja auch die Stadt Idstein ganz schön tief in die Haushaltskasse greifen mußte. Der Bauleiter von HOCHTIEF, Herr Heeb, und der Polier, Herr Meuser, sowie Herr Gerhardt vom Bauamt der Stadt waren auch gekommen. Von der LAG konnten wir u.a. Reinhard Thies und Lothar Stock begrüßen.

Ein in diesem Rahmen eher seltener Besuch kam aus Mainz. Zwei Frauen vom Sprachverband "Deutsch für ausländische Arbeitnehmer" besuchten unser Fest und konnten sich dabei davon überzeugen, daß wir neben den reinen Sprachkursen, die vom Sprachverband finanziert werden, jede Menge Kontakte zu den ausländischen Bewohnern haben.

Essen und Trinken war reichlich vorhanden, denn neben der "Stube" hatte dafür der türkische Fußballclub "Borisspor" gesorgt. Unterhaltung und Tanz zu deutscher und türkischer Musik sowie ein Schminkspaß für Kinder waren weitere Top-Punkte des Festes. Die deutschen und ausländischen Besucher kamen aus der ganzen Stadt, unter ihnen auch Herr Sozialamtsleiter Rinke, ein Stammgast unserer Feste.

Von unseren vorsorglich gekauften Regendächern hatten wir zwar zwei aufgestellt, sie fungierten aber an diesem wunderschönen Tag nur als Sonnendach. Es war ein rundherum gelungenes Fest. Fortsetzung folgt.....

Elsche Strauß-Wils



(Foto: Elsche Strauß-Wils)

### 3 JAHRE HAUSWIRTSCHAFTSPROJEKT MÜHLTAL

Jeden Tag 160 Essen kochen ist keine Kleinigkeit. Dazu kalte Büffets herrichten, Wäsche waschen und Reinigungsarbeiten erledigen. Die Frauen im Beschäftigungsprojekt Mühlthal haben eine ganze Menge zu tun. Aber der Betrieb läuft, das Modellprojekt funktioniert.

Dies wurde auf der Veranstaltung deutlich, zu der Heide Ullius, die Leiterin des Projekts, und der Caritasverband Wiesbaden am 13. November in die Räume des Gemeinschaftszentrums Mühlthal eingeladen hatten. Dabei konnten sich die Gäste - VertreterInnen der Stadt und des Landes als Mitfinanziers, PolitikerInnen und Frauen aus anderen GWA- und Beschäftigungsprojekten und MitarbeiterInnen der LAG - auch persönlich von der Qualität des Essens beim kalten Büffet überzeugen.

Bei der von Frau Irmgard Stumpf, Vorstandsmitglied der Caritas und Professorin an der Fachhochschule Mainz, sehr engagiert geleiteten Diskussion über Frauenbeschäftigungsprojekte entspann sich nach der Vorstellung des Projekts sehr schnell eine Diskussion über die Position von Beschäftigungsprojekten zwischen Betrieb, Qualifizierung und Sozialpädagogik. Heide Ullius bedauerte, daß angesichts der knappen Personaldecke und der betrieblichen Anforderungen zu wenig Zeit für Qualifizierung und Aufarbeitung der Lebenssituation der Frauen bleibt. Immer noch müssen Frauen mehr um eine bessere Ausstattung der Projekte kämpfen, immer noch wird die Beschäftigung von Frauen als zweitrangig angesehen, obwohl auch sie einen Anspruch auf eigenständige Existenzsicherung haben und viele allein für den Lebensunterhalt ihrer Kinder sorgen müssen. Von allen TeilnehmerInnen wurde gesehen, daß

es gerade auch für die beschäftigten Frauen in den Projekten wichtig ist, zur beruflichen Eingliederung unter normalen betrieblichen Bedingungen zu arbeiten. Unterschiede gab es in der Bewertung der Qualifizierung und der sozialpädagogischen Arbeit. Ein Beschäftigungsprojekt ist keine Schonzone für Frauen, betonte Monika Neumeier vom ZAUG in Gießen, aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit das Ziel erreicht wird. Und dazu gehört eine berufspädagogische Begleitung. Herr Altenhofen vom Sozialministerium wies darauf hin, daß die Projekte auch nur unter dieser Voraussetzung vom Land gefördert werden. Die Spannung zwischen Betrieb und Pädagogik bleibt auszuhalten, dies machte die Diskussion deutlich.

Bleibt zu hoffen, daß sich die Bedingungen für die Frauen im Mühlthal verbessern, damit sie ihre Arbeit auch in Zukunft erfolgreich fortsetzen können. Ideen und Engagement sind vorhanden. Eine bessere Ausstattung des Projekts wäre ein schönes Geburtstagsgeschenk.

Christina Hey



● **Arbeitsverweigerung und Hilfekürzung (§§ 18 Abs. 3, 25 Abs. 1 BSHG)**

Eine Frau, die einen 70% erwerbsunfähigen und zeitweise auf Krücken und fremde Hilfe angewiesenen Ehemann und ein 8jähriges Kind zu versorgen hat, darf außerhäusliche Arbeit nicht »kategorisch« verweigern, da ihr zeitweise Abwesenheit zumutbar ist. Bei solch kategorischer Verweigerung muß der Sozialhilfeträger keine konkret zumutbare Arbeit anbieten, bevor er zur Leistungsminderung nach § 25 Abs. 1 BSHG übergehen kann. Die Spanne der Leistungsminderung bei § 25 Abs. 1 BSHG ist nicht durch Abs. 2 der Vorschrift begrenzt, sondern reicht je nach Einzelfall, wenn auch nur vorübergehend, bis zur Reduktion auf 70% nach Ansicht des Gerichts verhältnismäßig und konnte, wie angedeutet wird, 4 Monate lang beibehalten werden. Das Gericht übersieht jedoch, daß § 25 Abs. 2 BSHG Ausdruck des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf das Existenzminimum ist, den auch kein (hier zudem fragwürdiger) zwangspädagogischer Eifer zur Herstellung von Erwerbsarbeitsbereitschaft beseitigen kann. Deshalb begrenzt das »Unerläßliche« die Kürzungsmöglichkeit nach § 25 Abs. 1 BSHG von vornherein.

VGH Baden-Württemberg, Beschluß v. 4. 4. 1989 - 6 S 307/89

● **Hochzeitskleidung (§ 12 BSHG)**

Brautmutter und -schwester haben Anspruch auf eine Bekleidungsbeihilfe zur Teilnahme an einer größeren Hochzeitsfeier im dörflichen Bereich.

VG Oldenburg, Beschluß vom 31. 8. 1988 - 3 VG D 126/88

● **Keine Übernahme von Haftpflichtversicherungsbeiträgen (§ 12 BSHG)**

Ein Sozialhilfeträger ist nicht verpflichtet, im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt die Kosten für eine private Haftpflichtversicherung zu übernehmen, weil die Sozialhilfe nur Mittel zur Überwindung einer gegenwärtigen Notlage bereitzustellen hat und es auch nicht ihre Aufgabe ist, einem Geschädigten zum Ersatz eines Schadens auf Kosten der Allgemeinheit zu verhelfen.

VG Düsseldorf, Urteil vom 26. 6. 1989 - 15 K 5008/88

● **Sozialhilfe bei Umschulung (§ 26 BSHG)**

Eine vom Arbeitsamt vorgeschlagene Umschulung ist keine »Ausbildung«, die nach § 26 BSHG prinzipiell zum Verlust des Sozialhilfeanspruchs führt.

BVerwG, Urteil v. 7. 6. 1989 - 5 C 3.86

● **Besuch einer Waldorfschule nicht notwendig (§ 12 BSHG)**

Der Besuch einer Waldorfschule zählt nicht zum notwendigen Lebensunterhalt, sondern zum »Luxusbedarf«, der nicht von der Sozialhilfe zu finanzieren ist.

VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 11. 8. 1988 - 6 S 1031/87

(Alle Beiträge auf dieser Seite haben wir den "Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht/info also", Nr. 3/1990 entnommen)

## PERSPEKTIVEN DER SPIEL- UND LERNSTUBEN IN FRANKFURT

"Gemeinwesenorientierte Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit in Sozialen Brennpunkten in Frankfurt" lautete der Titel einer Tagesveranstaltung am 8. November im Haus der Volksarbeit in Frankfurt. Eingeladen hierzu hatten die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt, der Caritasverband Frankfurt, der Evangelische Regionalverband Frankfurt, die Evang.-Freikirchliche Gemeinde, der Internationale Bund für Sozialarbeit und die LAG - erstmals seit vielen, vielen Jahren also eine gemeinsame Veranstaltung aller Träger von Sozialarbeit in den Frankfurter Sozialen Brennpunkten. Vorbereitet wurde die Tagung von einem Arbeitskreis, bestehend aus MitarbeiterInnen verschiedener Projekte vor Ort sowie der LAG. Gekommen sind mehr als 70 in der Frankfurter Brennpunktarbeit tätige Personen.

Nach kurzen Einführungsreferaten von Reinhard Thies und Lothar Stock zur begrifflichen Erklärung "Soziale Brennpunkte" bzw. "Gemeinwesenarbeit" ging Prof. Iben (Universität Frankfurt) in seinem Vortrag ausführlich auf die Geschichte der städtischen Obdachlosenpolitik in Frankfurt sowie auf die aktuelle Wohnungssituation in der Mainmetropole ein. Hierzu einige Fakten in Stichworten:

- durch die nach wie vor anzutreffende Zersplitterung der städtischen Zuständigkeit in Sachen "Obdachlosigkeit" gibt es keine exakte Statistik über das wahre Ausmaß des Problems,
- trotz eigens hierfür eingestellten MitarbeiterInnen in den örtlichen Sozialstationen sind Mietschulden immer noch in mehr als der Hälfte aller Räumungsfälle die Ursache für die Obdachlosigkeit; mietwidriges Verhalten machte dagegen weniger als 5% aller Fälle aus,
- 1989 wurden aus städtischen Geldern insgesamt lediglich 635.000 DM zur Mietschuldenübernahme nach § 15a BSHG gezahlt (355.000 DM als Darlehen und 280.000 DM in Form von "einmaligen Beihilfen"); bezogen auf die Gesamtzahl aller Fälle bedeutet dies eine durchschnittliche Mietschuldenübernahme in Höhe von 1.400 DM, was in etwa den Kosten für einen Monat Hotelunterbringung gleichkommt; insgesamt kostete diese Art der Ob-

dachlosenunterbringung die Stadt Frankfurt 1989 runde 16 Mio. DM, für dieses Jahr wird gar mit mehr als 25 Mio. DM gerechnet;

- das Armutspotential auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt wächst und wächst; immer mehr Menschen müssen ein Drittel bis sogar die Hälfte ihres Einkommens für die Miete verwenden; die Zahl der alleinstehenden Wohnungslosen wird auf ca. 4.000 geschätzt.

An den Vortrag von Prof. Iben anschließend, legte Barbara Böcher vom Landesjugendamt Hessen dar, unter welchen Gesichtspunkten und mit welchen Mitteln ihre Behörde Landeszuschüsse für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten bereitstellt. Den Abschluß des Vormittags bildeten von Helga Forneck (Spielstube Gotenstraße/Unterliederbach) und Stefan Griebel-Beutin (Spielstube Birsteiner Straße/Fechenheim) erarbeitete Thesen zur Situation der Spiel- und Lernstuben in Frankfurt (s.u.).

Am Nachmittag ging es dann zunächst darum, in Arbeitsgruppen noch einmal das Gehörte vom Vormittag auf die eigene Praxis zu übertragen. Wichtigstes Ergebnis des abschließenden Plenums ist das Vorhaben auch zukünftig träger- und stadtübergreifend zusammenzuarbeiten. Hierzu wird demnächst der Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Frankfurt ins Leben gerufen werden.

Lothar Stock

THESEN ZUR SITUATION DER SPIEL- UND LERNSTUBEN IN FRANKFURT

- Schon bestehende und neu gegründete Spiel- und Lernstuben wurden im Zuge des Frankfurter Plans in den 70er Jahren von der Stadt Frankfurt als eine sozialpädagogische Maßnahme für Kinder und Familien als Einrichtung der ambulanten Jugendhilfe angesehen und gefördert. Sie sollten wesentlich zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den problembelasteten Wohngebieten beitragen.
- Das Spiel- und Lernstuben-Konzept war nur auf Kinderarbeit ausgerichtet: An der Verbesserung der sozialen Situation und Infrastruktur sollte arbeitsteilig vorgegangen werden:
  - a) Den Spiel- und Lernstuben wurde zugestanden, sich der Betreuung und Förderung der benachteiligten Familien anzunehmen.
  - b) Die Kommune reklamierte für sich den Bereich Gemeinwesen- und Erwachsenenarbeit.
- Die Träger haben das hier beschriebene Konzept und die Arbeitsteilung kritiklos übernommen.
- In der Praxis wurde die als sowieso nicht besonders sinnvoll erscheinende Arbeitsteilung nicht mit Stringenz durchgehalten: Viele Brennpunkt-Einrichtungen haben explizit GWA-orientierte Ansätze entwickelt und erweitert (Eltern-, Jugend-, Bewohnerinitiativen; Kooperations- und Vernetzungsinitiativen auf Stadtteil-/Siedlungsebene).
- Die Sondereinrichtungen für sozial Benachteiligte waren somit dennoch etabliert. Gleichzeitig war damit auch festgelegt, daß die Konzeption der bestehenden Regeleinrichtungen die Arbeit mit diesen Randständigen nicht umfassen konnte und wollte.
- Die Sondereinrichtungen in den Brennpunkten (Spiel- und Lernstuben u.a.) reproduzieren nur das, was zu Hause und im Quartier an unmittelbarer sozialer Realität vorgefunden wird - und zwar in räumlicher und konzeptioneller Hinsicht. Die Spiel- und Lernstuben müssen sich dabei die Frage gefallen lassen, inwieweit sie selbst vor dem Hintergrund der Zielrichtung der Integration an der Festschreibung des Status quo - und damit an der Ausgrenzung - mitbeteiligt waren und immer noch sind.
- Auf die zunehmend drängender werdende Frage nach neuen Konzeptionen in der Brennpunktarbeit ist für die bestehenden Einrichtungen die Chance gegeben, neue konzeptionelle Wege zu entwickeln und zu gehen.
- Es gilt hier in Frankfurt einerseits, in den klassischen Brennpunkten vorhandene Konzepte weiterzuentwickeln, gleichzeitig in neu entstandenen und neu entstehenden Gebieten mit Armutsstrukturen und quartiersbezogener sozialer Deklassierung neue Ansätze zu finden und umzusetzen.
- Erfahrungen in der spielstubentypischen Arbeit lassen uns dahingehend weiterdenken, keine weiteren Sondereinrichtungen mehr zu etablieren und damit weiter auszugrenzen. Vielmehr ist die Zielrichtung die, stärker in bereits vorhandene und neu zu schaffende Einrichtungen ohne Sonderstatus zu integrieren.
- Zwanzig Jahre nach Auflösung der Obdachlosenquartiere muß jetzt eine Fortschreibung des Frankfurter Plans erfolgen.
- Aufgabe der bestehenden Einrichtungen ist es, die Initiative zur Veränderung zur ergreifen.

## DIE 'KIDS' AUS LIMBURG ON TOUR IN DER SOWJETUNION

Nachdem beim Besuch Michail Gorbatschows im Juli 1989 ein Jugendvertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion unterzeichnet worden war, initiierte das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit unter der Schirmherrschaft von Ministerin Lehr ein deutsch-sowjetisches Jugendtreffen, welches im September 1990 stattfand. Die Organisation dieses Projekts übernahm der Internationale Jungendaustausch- und Besucherdienst (IJAB) in Bonn. Es sollte bei diesem Treffen ein möglichst vielfältiger Querschnitt durch die bundesdeutsche Jugendkulturarbeit vorgestellt werden.

Eine 54köpfige Jugenddelegation flog am 22. September 1990 zusammen mit der Ministerin nach Moskau. Die zweite Gruppe, ein Bustreck bestehend aus drei Jugendbussen, wurde bereits am 12. September 1990 am Bonner Rathaus offiziell verabschiedet. Zum Treck gehörten auch wir vom 'Rockmobil Gießen' mit einem kompletten Rock-Equipment. Das Rockmobil sollte als einzigartige Form bundesdeutscher Jugendkulturarbeit in der Sowjetunion vorgestellt werden. Erhard Kristen, Uwe Roepe und der Zivi Stephan van den Bruck betreuten die Limburger Rockmobil-Band 'The Kids': Eva Kremer (b.), Evelyn Stein und Yvonne Simon (voc.), Kevin Bergmann (git., pec.) und Markus Butzbach (keyb.). Matthias Günter (git.) und Mario Zimmermann (dr.) von den 'Schuttwillis' aus Gießen verstärkten die Band auf der Fahrt. Bereits bei der Verabschiedung erregten die 'Kids' Aufsehen, denn sie waren die einzigen Jugendlichen am Ort.



### LENINGRAD

Die Reise führte uns zunächst von Bonn nach Travemünde. Von dort ging es mit der Fähre über die Ostsee nach Helsinki, wo die Gruppe ihre ersten Auslandseindrücke sammelte. Weiter ging die Fahrt über Vyborg nach Leningrad. Dort wurden wir von Familien des 'Jugendwohnbaukomplexes' herzlich aufgenommen. In der Trabantenstadt, wo immerhin 350.000 Menschen ein Zuhause gefunden haben, erscheint der Jugendwohnbaukomplex mit seinen 18stöckigen Gebäuden noch überschaubar. Die Häuser wurden von den Bewohnern in eigener Initiative buchstäblich niet- und nagelfest gemacht. Dazu wurden die HandwerkerInnen bzw. die handwerklich begabten GenossInnen bei Lohnfortzahlung für zwei Jahre von der Arbeit in ihren Betrieben befreit. Die Wohnungen sind ca. 40 qm klein und kosten umgerechnet etwa 23,- DM im Monat. Um die Heizung brauchen sich die Mieter nicht zu kümmern, denn sie ist immer in Betrieb. Nach dem Motto, wer schwitzt macht das Fenster auf oder geht raus. Zum Glück war es schon Herbst, so daß wir wenigstens in Leningrad in den vollen Genuß der russischen Fernwärme kamen.

Die Band hatte schon bald erste Kontakte zu russischen Jugendlichen und Musikgruppen. Zusammen mit den 'Sowjetbands' gaben die 'Kids' drei Konzerte in örtlichen Schulen. Mit Hilfe unserer Dolmetscher, unter Zuhilfenahme unserer spärlichen Englischkenntnisse und mit Händen und Füßen gelangten wir zu einem Eindruck von den Lebensverhältnissen Leningrader Jugendlicher, der

uns unter die Haut ging. Einerseits waren wir überwältigt von der Herzlichkeit unserer Gastgeber, andererseits zeigte sich uns ein Bild großer Orientierungslosigkeit in wirtschaftlicher und sozialer Not, die sehr wenig Raum für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen läßt.

Das aktive Musizieren ist eine der wenigen Möglichkeiten, Leidenschaft, Frust und Sehnsüchte auszudrücken. Hier herrscht kein Mangel an Kreativität, sondern an Material. So konnten die 'Kids' erleben, mit welcher Hingabe die sowjetischen Jugendlichen auf ihren mehr als dürftigen Instrumenten losrockten. Die Rockmusik ist für sie ein sehr ernstzunehmender Ausdruck von Auflehnung und Protest, der es Wert sein sollte, nicht ausgegrenzt und kriminalisiert zu werden.

#### TWER

Am Morgen des 19. Septembers reisten wir weiter nach Twer. Die ca. 500 km lange Strecke wurde zu einem 12-stündigen Marathon, einem Kampf mit den russischen Straßenverhältnissen.

Das Hotel - ein altes Haus, nicht ganz so heruntergekommen wie die Häuser ringsum - Kälte und Regen. Ölige Brühe auf den Straßen. Wir erfahren, daß die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung unzureichend ist. Das zentrale Heizsystem ist völlig zusammengebrochen. In und vor dem Hotel werden wir von Schwarzhändlern angesprochen. Gefragt sind DM, Jeans und Zigaretten. Dazwischen der Mann, mit schwarzem Ledermantel, Bogart-Hut und Sonnenbrille. Die schwarze Limousine fährt vor. Eine klapprige Schabracke. Zum Pionierpalast. Das Rockmobil fährt hinterher. Schabracke - Mercedes. Die 'Kids' sind 'on Tour'. Der Saal ist voll, die Anlage steht. Russischer Trash Metal macht die Leute an. Die 'Kids' nehmen Blumen in Empfang. Ein Hauch von Showbiz.

Am Abend vor unserer Abfahrt nach Moskau werden wir zu einem versteckten Kellercafé gelotst. Eine Mischung aus chinesischer Opiumhöhle und



(Foto: LAG-Archiv)

St. Pauli-Puff. Der Bürgermeister von Twer (ehemals Kalinin) bedankt sich förmlich, aber ehrlich, und wir bekommen die 'Stadtumbenennungsehrenbürgerurkunde'. Es wurden keine Kosten und Mühen gescheut, um, nach russischer Art in Hülle und Fülle, für unser leibliches Wohl zu sorgen.

### MOSKAU

Für die Crew des Bustrecks zeichnete sich die mangelhafte Vorbereitung und fehlende Verbindlichkeit der Organisatoren des Jugendverbandes des Komsomol mehr und mehr ab, so daß schließlich in Moskau das Programm beider deutscher Delegationen zum größten Teil ausfallen mußte. Die sowjetischen Verantwortlichen waren zwischenzeitlich 'abgetaucht'. Nach heftigen Auseinandersetzungen im Team kam das Rockmobil zu dem Entschluß, seine Ansprechpartner unter den Jugendlichen zu suchen. Wir erfuhren in Gesprächen, daß der Komsomol als Jugendorganisation stetig an Bedeutung verliert und von den Jugendlichen mehr und mehr boykottiert wird. Es entstehen autonome Jugendgruppen, sogenannte 'informelle Vereinigungen', die die eigentliche(n) Jugendbewegung(en) repräsentieren.

So fand unser Konzert anläßlich der Eröffnung des Jugendtreffens im Moskauer Institut des Komsomol, wo wir untergebracht waren, vor fast ausschließlich deutschem Publikum statt. Selbst die russischen Verantwortlichen blieben aus. Zum Glück fand das Rockmobil in Galina, der Vertreterin des Komsomol aus dem Stadtbezirk Leningradskij, und der Rockgruppe 'Kb' aktive und motivierte Ansprechpartner. Am Donnerstag, dem 27. September 1990, im Anschluß an einen Percussion-Workshop, den wir vom Rockmobil angeboten hatten, zog eine Gruppe von etwa 20 deutschen und russischen Jugendlichen durch Moskaus Fußgängerzone Arbat. Wir organisierten einen Sambazug. Vielleicht war es das erste Mal, daß so ein Spektakel öffentlich dargeboten wurde. Bis auf die örtliche Polizei, die kein Verständnis für lateinamerikanische Rhythmen hatte und uns zwar nicht die Samba, jedoch das Ziehen verbot, waren die Passanten begeistert.



Am 28. September dann lud Galina 'The Kids' und 'Kb' zu einem gemeinsamen Auftritt ein. Der Weg zum Veranstaltungsort im Stadtbezirk Leningradskij entwickelte sich zu einer anderthalbstündigen Odyssee durch die Neunmillionenstadt Moskau. Endlich angekommen, durften wir zunächst ein wunderbares Essen genießen, das die Studenten des Instituts für Ernährungswissenschaften für uns zubereitet hatten. Obwohl der Saal, eine Art Jugendcafé im Discolook, nicht voll wurde, war die Stimmung gut. Die ZuhörerInnen klatschten und 'groovten' kräftig mit. Und als es schon spät geworden war, packten alle mit an, das Equipment aus dem vierten Stock herunterzuschaffen. Und schließlich ließ es sich Alexander, der wodkauselige Sänger von 'Kb', nicht nehmen, die 'Kids' den gesamten Weg zurück zum Institut zu lotsen.

Er war es auch, der am Samstag in aller Frühe ganz selbstverständlich das Angebot machte, uns auf einem Trip durch seine Heimatstadt zu begleiten. Dadurch hatten wir das Privileg, diese eindrucksvolle Metropole auf ganz besondere Art und Weise kennenzulernen. Wir revanchierten uns, indem wir

ihn in ein Restaurant einladen, das für die einheimische Bevölkerung normalerweise nicht zugänglich ist. Hier wurden die Gesichter und Geldscheine selektiert. Für Alexander muß es wie Weihnachten gewesen sein. Aber auch für uns 'Westler' war das Speiseangebot imponierend. Vor allem im Gegensatz zur 'grauen Not', in der sich der größte Teil der Sowjetmenschen offensichtlich befindet. In den Straßen heißt die Devise: Rette sich wer kann. Wir sahen die endlosen Schlangen vor fast leeren Läden, die ungesunde Hast der Mütter, ihren Einkauf zu bewerkstelligen. Für die Kinder gibt es dabei nichts zu Lachen. Ströme von Menschen, die mit gesenktem Blick einem Weg folgen, von dem sie nicht wissen, wohin er führt. Nur eins scheint allen klar zu sein: "Wir müssen es aushalten." Darin scheinen sie auch tatsächlich geübt zu sein.

Alexander singt seine Balladen. Wir sind betroffen. Da ist jedesmal ein dumpfes Gefühl von Verantwortlichkeit, denn uns geht es ja eigentlich gut.

#### HEIMWEG

Sonntag der 30. September war Rückreisetag. Die 'große' Delegation flog zurück nach Frankfurt und der Bustreck machte sich auf den Weg nach Leninograd, wo wir schon von unseren Gastfamilien erwartet wurden. Von da aus erreichten wir über Helsinki mit der Fähre das mittlerweile vereinigte Deutschland.

Für alle Beteiligten war diese Reise angefüllt mit starken Eindrücken und Erlebnissen, in denen oft eine eigenartige Seelenverwandtschaft zwischen uns und den sowjetischen Menschen zu Tage trat. Für die Zukunft wünschen wir uns aber auch Möglichkeiten, diese Verwandtschaft zu pflegen und zu vertiefen. Deshalb würden wir gerne die sowjetischen Jugendlichen zu uns einladen, um ihnen zu zeigen, wie wir leben. Wir möchten mit ihnen über unsere Probleme sprechen und natürlich zusammen musizieren, denn die Sprache der Musik ist die Sprache der Gefühle. Es bleibt zu hoffen, daß uns das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit für unser Vorhaben eine Finanzierungshilfe zusichert.

Uwe Roepe



**ARBEIT UND KULTUR - FRAUENTAGUNGEN IM HERBST**

Wie jedes Jahr fanden auch dieses Jahr im Herbst wieder 2 Regionaltagungen und ein Bildungsurlaub für Frauen statt: zum Thema "Wege ins Erwerbsleben" trafen sich die Bewohnerinnen der Siedlungen vom 14.-16. und vom 21.-23. September in Dorfweil und zur Kulturtagung "Frauenalltag früher - heute - morgen" vom 15.-19. Oktober in Mauloff. Neu war in diesem Jahr, daß nur noch eine Regionaltagung in Kooperation mit der HLZ stattfand, da diese nicht mehr in gleicher Höhe wie bisher die Frauentagungen finanziert.

Die zweite Regionaltagung führte die LAG dieses Jahr in eigener Regie durch und zum ersten Mal finanzierte dabei die Bevollmächtigte für Frauenangelegenheiten des Landes Hessen, Ottilie Geschka, einen Teil einer LAG-Frauentagung. Wir waren froh über diese Unterstützung, problematisch bleiben jedoch die Finanzierungsbedingungen: die Bevollmächtigte übernimmt nur Anteile bei der Finanzierung der Honorare und Materialkosten. Unterkunft- und Verpflegungskosten werden nicht bezuschußt. Dies ist sicher dann kein Problem, wenn die Teilnehmerinnen diese selber bezahlen können. Aber welche der Tagungsteilnehmerinnen kann das schon. Falls es bei dieser Regelung bleibt, wird die Durchführung von Tagungen in gleicher Höhe wie bisher zum Problem werden.

Neu war in diesem Jahr auch, daß der Bildungsurlaub nicht wie sonst als Gesundheitstagung, sondern erstmals als Kulturtagung stattfand. Viele der Frauengruppen bestreiten vor Ort, bei den Frauentagungen und bei Festen der LAG einen Großteil der Unterhaltungsprogramme. Weshalb nicht einmal alle Talente zusammenbringen und zu einem Frauenthema gemeinsam etwas auf die Beine stellen? Gedacht - getan. So entstand eine Revue zu den Veränderungen des Alltags der Frauen und ihren Wünschen für die Zukunft.

Darüber, wie diese Revue zustande kam, wie Änste und Hemmungen überwunden wurden, wie überlegt und gearbeitet, wie geprobt und aufgeführt wurde, werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.



(Foto: Lorenz)

**"WEGE INS ERWERBSLEBEN" - FRAUENREGIONALTAGUNGEN 1990**

Bei den Regionaltagungen beschäftigten sich die Frauen mit den Möglichkeiten des Einstiegs bzw. Wiedereinstiegs in das Berufsleben. Dabei ging es sowohl um die Angebote, die es für Frauen in diesem Bereich gibt, als auch um die Rahmenbedingungen und die persönlichen Lebensplanungen.

Viel Aufmerksamkeit und Interesse fand eine Talkshow, bei der berufstätige Teilnehmerinnen von ihren Erfahrungen erzählten. Gesprächsthemen waren die unterschiedlichen Wege in das Berufsleben, die Inhalte der Arbeit, die Regelung des Alltags und der Kinderbetreuung, die Haltungen und Reaktionen von Familienmitgliedern, Freunden und Nachbarn und der Stellenwert, den die Berufstätigkeit für die Frauen hat. Richtig profimäßig ging es dabei zu. Die Moderation wurde von den Teamerinnen übernommen, Tischkarten mit Namen wurden verteilt und das Ganze mit der Videokamera aufgezeichnet. Und selbstverständlich konnte sich auch das Publikum mit Fragen und Meinungen beteiligen.

Die Gesprächsrunde reichte von Frauen, die sich mit Beginn der Rente ihrer Männer eine Arbeit gesucht haben, über Frauen, die nach einer Trennung oder Scheidung wieder berufstätig wurden, zu Frauen, die direkt nach der Schule eine Ausbildung begonnen haben und durchgängig berufstätig waren. Ebenso unterschiedlich wie der Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme waren die Gründe dafür: etwas dazuverdienen zum Lebensunterhalt der Familie, Unabhängigkeit vom Mann oder der Sozialhilfe erreichen, Selbständigkeit bewahren, Fähigkeiten erkennen und umsetzen, sich nicht ausgefüllt fühlen, Selbstbestätigung erhalten.

Für die meisten der Frauen gilt immer noch, daß sie neben ihrer Berufstätigkeit allein für Haus-

halt und Kinder zuständig sind. Eine Frau aus Langen brachte es auf den Punkt: "Ich bin eine verheiratete alleinerziehende Mutter." Aber es gibt auch Fortschritte, vor allem bei den jüngeren Frauen. Da packen die Männer schon eher mit an bis hin dazu, daß die Hausarbeit geteilt wird. Nach wie vor ein großes Problem bleibt die Kinderbetreuung. Plätze in öffentlichen Einrichtungen fehlen, die Öffnungszeiten passen sich den Arbeitszeiten nur langsam an. Eine Frau aus Darmstadt bringt ihre Tochter morgens zu ihrer Mutter. Dort versammeln sich dann 13 Enkelkinder, bevor sie zum Weg in den Kindergarten oder die Schule aufbrechen. Was macht frau ohne Verwandte? Besonders problematisch wird die Situation beim Eintritt der Kinder in die Schule. Gab es im Kindergarten noch feste Zeiten, so ändert sich jetzt tageweise Beginn und Ende des Unterrichts. Viele der Frauen plagt ein schlechtes Gewissen, teilweise verstärkt durch Familienangehörige, Freunde oder Nachbarn. Kann man eine Dreizehnjährige allein lassen? Kommt sie nicht in "schlechte Gesellschaft"? Ist es zumutbar, daß eine Zwölfjährige auf ihren kleinen Bruder aufpaßt? Mutet frau den Kindern nicht zuviel zu? Fühlen sich die Kinder vernachlässigt oder ist es nicht nur ein schlechtes Gewissen, das aus alten Rollenbildern entsteht? Diese Fragen wurden auch unter den Teilnehmerinnen kontrovers diskutiert.

Bezeichnend für das Dilemma, in dem sich Frauen befinden, wenn sie Beruf und Familie unter einen Hut kriegen wollen, waren die Aussagen von zwei Schwestern aus Wiesbaden, die eine trotz Kinder durchgängig berufstätig, die andere immer in erster Linie für die Familie da. Wenn beide nochmal von vorn beginnen könnten, würden beide es anders machen: die berufstätige Frau

für die Kinder da sein, die andere sich eine selbständige berufliche Existenz aufbauen.

Trotz allen Widrigkeiten möchten die meisten Frauen jedoch auf ihre Berufstätigkeit nicht mehr verzichten. Spontanen Beifall erhielt eine Teilnehmerin, die gegen den Willen ihres Vaters eine Ausbildung macht und sich davon auch nicht abbringen lassen will. Sicher eine Bestärkung, weiter ihren Weg zu gehen.

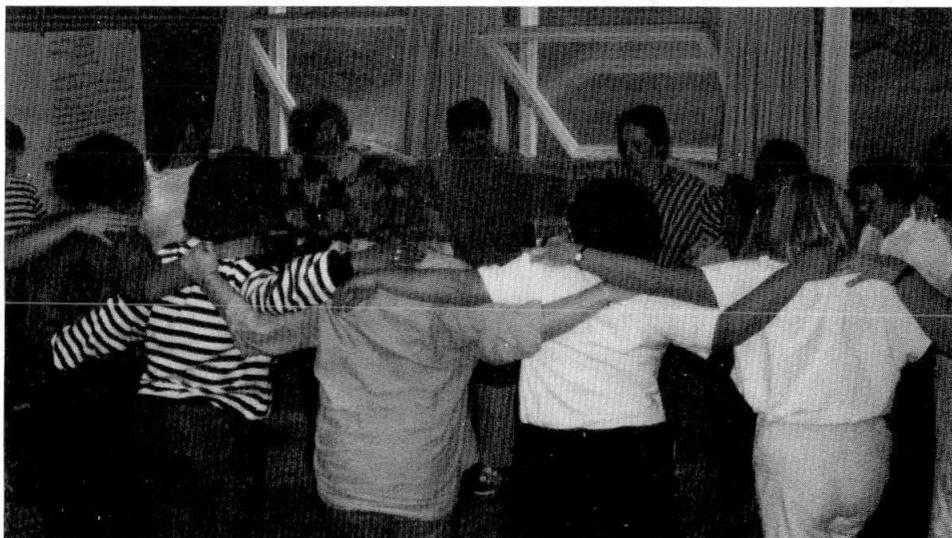
In den Arbeitsgruppen kamen dann auch die Frauen stärker zu Wort, die nicht im Berufsleben stehen. Geredet wurde über Gründe dafür, über Wünsche und was diesen Wünschen entgegensteht. Spannend war auch hier wieder, daß bei den Frauentagungen Frauen unterschiedlichen Alters zusammenkommen. So können Erfahrungen weitergegeben und Entwicklungen deutlich werden. Eine Frau aus Wiesbaden, die im Rentenalter steht, erzählte aus ihrer Familiengeschichte. So war für sie früher kein Geld da, eine Ausbildung zu beginnen, sie mußte gleich mit für den Lebensunterhalt der Familie sorgen. Auch bei ihren Töchtern war dies noch so, doch diese haben sich dann innerhalb der Berufstätigkeit weitergebildet und nun Arbeitsplätze, mit denen sie zufrieden sind. Und heute kommt ihre Enkeltochter und will KFZ-Mechanikerin werden.

Vor der Tagung hatten sich die Frauen bereits kundig gemacht über verschiedene Angebote vor Ort, wieder in das Berufsleben einzusteigen. Welche Voraussetzungen sie für bestimmte Maßnahmen mitbringen müssen, welche Möglichkeiten sie damit haben und wovon sie während der Zeit leben können, darüber referierten Monika Neu-meier und Karin Kirschner vom ZAUG in Gießen. Besonders Monika Neu-meier als langjährige Frauenreferentin der LAG und Ansprechpartnerin der Frauen wurde da natürlich herzlich empfangen.

Informationen gab es bei den Tagungen auch zur Frauenarbeit in der LAG und zur LAG insgesamt. Aus Marburg waren extra Frauen angereist, die als Vertreterinnen bei dem Europa-Seminar in Madrid waren (s. letzte Ausgabe). Sie informierten aus erster Hand über das, was dort passiert ist.

Auch das Feiern kam natürlich nicht zu kurz. Dieses Mal hatten sich die Frauengruppen aus Langen und Limburg etwas einfallen lassen. Eine Modenschau mit Versteigerung, ein Sketch, eine Büttenrede und zwei Tänze begeisterten die Zuschauerinnen und sorgten für gute Stimmung.

Christina Hey



Kulturtagung (Foto:Lorenz)

## FRAUENARBEIT IN DER GWA - PERSPEKTIVEN EINER BUNDESWEITEN VERNETZUNG

"Was kann uns eine bundesweite Zusammenarbeit bringen?" Unter dieser Fragestellung trafen sich am 26. September 1990 Sozialarbeiterinnen aus unterschiedlichen Bundesländern zu einer Tagung in Gelnhausen, die die Frauenreferate der LAG Hessen und Saar zusammen mit dem Burckhardthaus veranstaltete. Ausgangspunkt für die Tagung waren drei Entwicklungen: Zum einen hat es bereits in der Vergangenheit punktuell eine bundesweite Zusammenarbeit im Frauenbereich gegeben. Ein Ausdruck dafür ist das GWA-Jahrbuch Frauen, an dem Mitarbeiterinnen aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligt waren. Eine andere Entwicklung ergibt sich aus der Europäischen Politik. Heide Koradin von der LAG Hessen hält seit dem Armuts-Tribunal in Brüssel die Kontakte zu dem Europäischen Frauennetzwerk ENOW, das sich auf Europäischer Ebene für die Verbesserung der Situation von Armut bedrohter Frauen einsetzt. Eine bundesweite Basis für diese Arbeit fehlt bisher. Ein dritter Aspekt ist die in Gründung befindliche Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte. Eine "Politik für arme Leut" muß sich auch mit der Bundespolitik auseinandersetzen. Eine "Politik für arme Frauen" auch. Die Frage war "wie?"

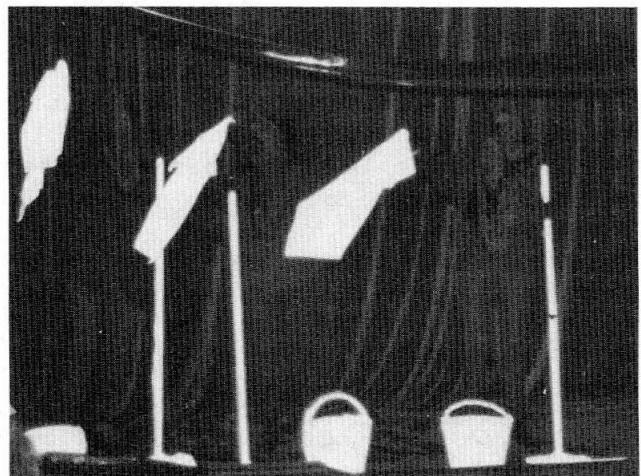
Einig waren sich die Teilnehmerinnen, daß eine bundesweite Vernetzung sowohl die Sozialarbeiterinnen als auch die Frauen aus den Siedlungen umfassen soll. Aber wie läßt sich eine bundesweite Vernetzung organisieren? Als Beispiel wurde die Frauenarbeit in Hessen und im Saarland vorgestellt mit landesweiten Tagungen und Arbeitsgruppen. Ein ähnlicher Arbeitsansatz wäre auch für die Bundesebene möglich. Daneben wären länderübergreifende Projekte denkbar wie et-

wa ein Buchprojekt, in dem auch die Bewohnerinnen zu Wort kommen. Organisatorisch soll die Arbeit in die zukünftige BAG eingebunden werden. Und dort sollen Frauen auch etwas zu sagen haben.

Vernetzung ist aber nicht nur eine Frage der Form, sondern auch der Inhalte. Für eine bundesweite Vernetzung wären dies sicher in erster Linie bundespolitische Themen, die die Situation der Frauen vor Ort berühren und ein gemeinsames Handeln notwendig machen wie etwa die Rentenberechnung, die gerade für Frauen im Alter eine Verschlechterung ihrer sozialen Situation bewirkt. Nach wie vor ein bundesweites Thema ist auch die Anrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe.

Deutlich wurde während der zwei Tage auch, daß die Frauenarbeit in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit ist. Eine bundesweite Vernetzung mit einem gegenseitigen Informationsaustausch könnte auch die Frauenarbeit vor Ort und in den Ländern stärken. Ein erster Schritt wäre hier der gegenseitige Besuch von Frauengruppen.

Christina Hey



*Schwarzes Theater-Kulturtagung  
(Foto:Lorenz)*

## **"...UND ALLES HAT AM ENDE SICH DOCH GELOHNT!"**

### **FRANKFURTER VERWALTUNGSGERICHT: SOZIALHILFEREGELSÄTZE RECHTWRIDRIG!**

In der Auseinandersetzung um die seit dem 1. Juli dieses Jahres geltenden Regelsätze in der Sozialhilfe hat als erstes Gericht in der Bundesrepublik das Frankfurter Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren entschieden: Auch alleinstehende junge Erwachsene haben einen Anspruch auf den vollen Sozialhilferegelsatz. Zu dieser Entscheidung sind die Richter gekommen, nachdem ihnen weder der Hessische Sozialminister noch das Bonner Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit eine plausible Erklärung dafür geben konnten, warum Alleinstehende im Alter von 18 bis unter 25 Jahren 10% weniger Sozialhilfe bekommen sollten als alle anderen Alleinstehenden. Die beiden Ministerien hatten die Richter lediglich an die Zuständigkeit des jeweils anderen verwiesen.

Trotz dieser Entscheidung zu Gunsten der Sozialhilfeberechtigten sieht Sozialminister Trageser keine Veranlassung dazu, seinen Regelsatzerlaß zu korrigieren. Die Stadt Frankfurt sah sich daher gezwungen, gegen das Urteil beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel Beschwerde einzulegen. Bei gleichem Urteilsspruch dort, ist der Hessische Sozialminister dann allerdings gezwungen zu reagieren. Zwischenzeitlich zahlt die Stadt Frankfurt allen Alleinstehenden, auch den 18 - 24jährigen, den vollen Regelsatz aus.

### **LAG ZUKÜNFTIG IM LANDESBEIRAT FÜR SOZIALHILFE VERTRETEN**

Eine alte, immer wieder erhobene Forderung der LAG geht in Erfüllung: Die LAG wird zukünftig mit einem Sitz im Landesbeirat für Sozialhilfe vertreten sein. Dies beschlossen die Abgeordneten des Hessischen Landtags einstimmig auf einen entsprechenden Antrag der GRÜNEN hin. Der Landesbeirat für Sozialhilfe ist vor dem Erlaß allgemeiner Rechtsvorschriften und insbesondere vor der jährlichen Festsetzung der Sozialhilferegelsätze zu hören.

### **SCHULUNGSWOCHENENDE DER HESSISCHEN SOZIALHILFEINITIATIVEN**

Ganz unter dem Schulungsaspekt stand die diesjährige Wochenendtagung der hessischen Sozialhilfeinitiativen vom 12. - 14. Oktober in der Familienferienstätte Mauloff. Die mehr als 30 TeilnehmerInnen des Seminars beschäftigten sich insbesondere mit der rechtlichen Problematik hinsichtlich der Miet- und Energiekosten(-übernahme) sowie der Verpflichtung zur Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz. Weiteres Thema war natürlich das "Statistikmodell" - "was ist in den Regelsätzen nunmehr alles enthalten?", lautete die Fragestellung hierzu.

Im Hinblick auf die Frage nach einer verbindlicher organisierten bundesweiten Zusammenarbeit sprachen sich die TeilnehmerInnen der Tagung einvernehmlich für die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen als eingetragener Verein aus.

### **BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALHILFEINITIATIVEN E.V.?**

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen als "e.V." gelang auf dem Koordinierungstreffen zur bundesweiten Zusammenarbeit vom 23. - 25. November in Braunschweig. Die etwa 30 anwesenden InitiativenvertreterInnen einigten sich auf einen gemeinsamen Satzungsentwurf bezüglich der angestrebten Vereinsgründung. Auch das nächste Bundestreffen konnte terminiert werden. Es findet vom 15. - 17. Februar 1991 ebenfalls in Braunschweig statt. Vielleicht steht dann die Vereinsgründung ja tatsächlich auf der Tagesordnung.

Lothar Stock

## BEWERBUNGSTRAINING - DAS THEMA DES MONATS

"Das Bewerbungsgespräch ist für mich sehr gut gewesen, weil ich noch nicht oft in so einer Situation gewesen bin." "Etwas unsicher wurde ich bei der Frage, wie ich mich selbst beurteile. Ich bin der Frage etwas ausgewichen." "Ich habe mich ganz sicher und ruhig verhalten, das hat gut gewirkt." Dies sind Antworten von TeilnehmerInnen des Bildungsurlaubs, der im Oktober 1990 in Dorfweil/Ts. stattfand. Um insbesondere auch Frauen und Männern mit Kindern die Teilnahme am Bildungsurlaub zu ermöglichen, hatte das Referat Existenzsicherungsberatung für Kinderbetreuung gesorgt. Bildungsurlaub für "Hilfe zur Arbeit" - Beschäftigte aus der Stadt Offenbach fand damit zum vierten Mal statt. Mit 13 TeilnehmerInnen und 4 Kindern war die Nachfrage diesmal besonders hoch. Herr Kümmel (Arbeitsamt Offenbach) und Berthold Sommer (Sozialarbeiter) als "Personalleiter" fanden vorbereitete Bewerbungsschreiben und Bewerbungsmappen mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugnissen vor, als Sie die jeweiligen TeilnehmerInnen zum Einstellungsgespräch baten. Jutta Hillenbrand und Michael Palkovich als TeamerInnen hatten sie auf das Gespräch vorbereitet und mit Ihnen selbstbewusstes Auftreten und möglichen Verlauf geübt. Aber auch der Urlaubsanteil wurde berücksichtigt. Ein gemeinsamer Ausflug in den Hessenpark und am Abend ein Abschlußfest, bei dem es lustig herging, rundeten den Bildungsurlaub ab. Ihre Eindrücke hielten die TeilnehmerInnen wieder in Gedichten, Zeichnungen oder schriftlich als gemeinsame Lehrgangszeitung fest.



Aber nicht nur im Bildungsurlaub, sondern auch in weiteren Seminaren im Oktober mit TeilnehmerInnen und Fachkräften aus Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten war Bewerbungstraining das Thema des Monats. Die persönliche Rückmeldung unter 4 Augen eines ehemaligen und des fingierten Personalleiters (Michael Puhlmann machte hier erste Erfahrungen) war für die TeilnehmerInnen dabei am wichtigsten. Daneben erhalten alle TeilnehmerInnen, die dies wünschten, Ihr Bewerbungstraining auf Videoband, um allein oder mit Ihrer/m SozialarbeiterIn die Situation noch einmal zu reflektieren.

Michael Palkovich

STELLE FREI?

Dipl. Sozialarbeiterin, Studien-  
schwerpunkt Gemeinwesenarbeit  
mit Erfahrungen

in der behördlichen Sozialar-  
beit, Jugend- und Erwachsenen-  
arbeit, Forschungsaufenthalt in  
den USA (Thema: Community Orga-  
nization) und beruflicher Aus-  
landserfahrung in Brasilien  
(Streetwork mit Straßenkindern  
und Gemeinwesenarbeit mit Fa-  
vela-Bewohnerinnen)

sucht

eine Tätigkeit in der Sozialen  
Brennpunktarbeit/stadtteilori-  
entierten Sozialarbeit oder im  
Bereich der sozialen 'Rand-  
gruppen'arbeit.

Michaela Strieder, Am Fort Wei-  
senau 48, 6500 Mainz,  
Tel.: 06131/833417.

"Bei der Beitragsberechnung aus  
beiden Rentenleistungen (handelt  
es sich) nicht, wie vielfach ange-  
nommen, um eine 'doppelte Versi-  
cherung' oder eine 'doppelte He-  
ranziehung' zu einem Krankenka-  
senbeitrag. Vielmehr würde es dem  
Gebot der Beitragsgerechtigkeit  
widersprechen, eine Rentnerin, die  
nur eine selbst erworbene Rente in  
Höhe von z.B. 1.000,00 DM bezieht,  
mit einem Prozentsatz des Renten-  
zahlungsbetrages an der Finanzierung  
ihrer Krankenversicherung zu be-  
teiligen, andererseits jedoch eine  
Rentnerin, die eine selbst erwor-  
bene Rente in Höhe von 500,00 DM  
und zusätzlich eine Witwenrente in  
Höhe von 500,00 DM erhält (also  
insgesamt ebenfalls über 1.000,00  
DM verfügt) nur aus der selbst er-  
worbenen Rente von 500,00 DM an  
den Aufwendungen für ihre Kranken-  
versicherung zu beteiligen. ...  
Unter Berücksichtigung dieser Sach-  
und Rechtslage sieht der Peti-  
tionsausschuß keine Möglichkeit,  
das Anliegen zu unterstützen, und  
empfiehlt, das Petitionsverfahren  
abzuschließen." So kann man das  
Ganze natürlich auch sehen!? (Der  
Petitionsausschuß des Deutschen  
Bundestages zur Petition der So-  
zialhilfegruppe im Offenbacher Sozi-  
alhilfeverein; siehe letzte Ausga-  
be der LAG Zeitung)

Tagestip: Sozialhilfe

## Zeitung gibt Rat

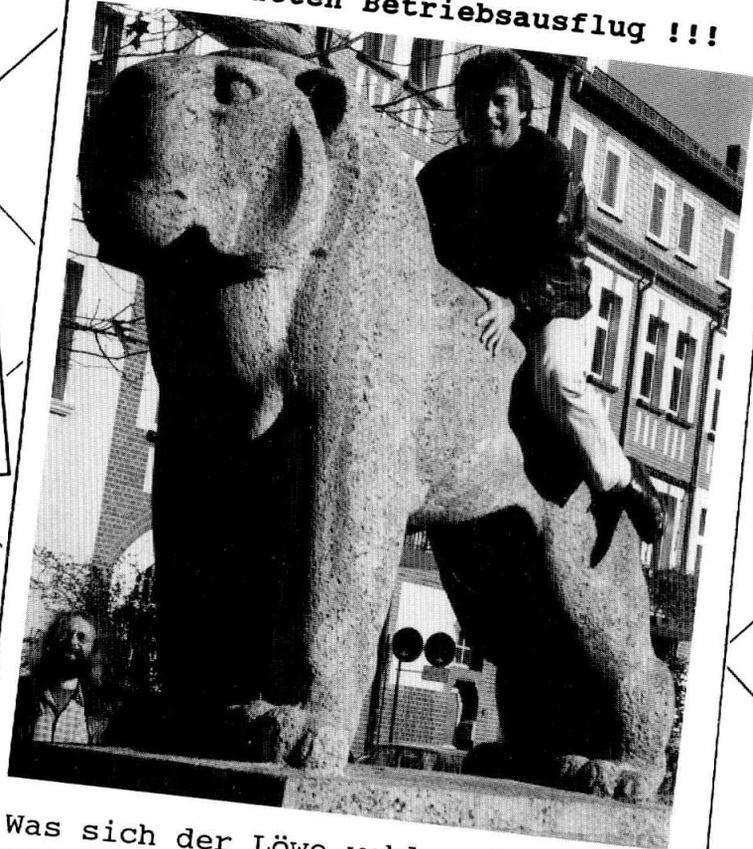
Auf den ersten Blick sieht die Zeitung aus wie ein neues Szene-Blatt aus der Alternativkultur. „Schwarz auf Weiß“ heißt sie, und ein luftiges Layout lädt gleich zum Lesen ein. Allein die Überschriften sind ungewohnt: „Rentnerin fehlen 71 DM“ steht da in großen Lettern oder „Fahrräder vom Sozialamt“.

„Schwarz auf Weiß“ will ein Medium für Arme sein, das aber ganz bewusst nicht schon äußerlich so wirkt. Das Münsteraner „Projekt alternative Pädagogik“ hat sich vorgenommen, im Zweimonatsabstand eine Zeitung herauszugeben, die Sozialhilfeempfänger über rechtliche Fragen aufklärt und ihnen konkrete Tipps für den Umgang mit den Behörden liefert. Neben diversen ironischen Spitzeln lockert eine Cartoon-Folge „Neues aus dem Sozialamt“ das Ganze auf.

Ein Abonnement des Blattes kostet für Privatpersonen 12,60 Mark/Jahr. Bestellungen können an „Schwarz auf Weiß“, Achterstraße 10-12, in 4400 Münster adressiert werden. doe

FR 16.10.90

Wer immer noch nicht weiß, weshalb die LAG-Geschäftsstelle am 22. Oktober nicht erreichbar war: Wir hatten Betriebsausflug !!!



Was sich der Löwe wohl gedacht hat?

Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LAG wünschen allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern

**Frohe Weihnachten**

und ein  
gutes neues Jahr!



## TERMINE

### Januar 1991

- 17.01. Spiel- und Lernstuben, Regionaltreffen-Süd  
 19.01. AG Sozialhilfe, Frankfurt, 14.00 Uhr  
 25.01.-27.01. Bundesarbeitsgruppentreffen der Erwerbsloseninitiativen, Frankfurt  
 28.01.-01.02. Spiel- und Lernstuben-Tagung in Kooperation mit dem Landjugendamt, Wiesbaden

### Februar 1991

- 07.02. Fachtagung "Frauenbeschäftigungsprojekte", Marburg  
 15.02./16.02. BAG Soziale Brennpunkte  
 15.02.-17.02. Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen, Braunschweig  
 27.02./28.02. Fortbildung für AnleiterInnen und SozialpädagogInnen in Beschäftigungsinitiativen, Dorfweil  
 28.02.-01.03. Fortbildung für Verwaltungskräfte, Dorfweil

### März 1991

- 01.03.-03.03. Zentrale Frauentagung, Dorfweil  
 05.03. Verwendungsnachweise, Frankfurt, 9.30 Uhr  
 12.03.-14.03. Fortbildung für AusbilderInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen im Ausbildungszusammenhang, Dorfweil  
 16.03. AG Sozialhilfe, 14.00 Uhr  
 25.03.-27.03. Fachtagung "Frauenarbeit" in Kooperation mit ISS/HLZ, Frankfurt

### VERANSTALTUNGSÜBERSICHT ÜBER DAS WEITERE JAHR:

#### April

- 17.04. Regionaltreffen Süd  
 18.04. Regionaltreffen Mitte  
 22.04. Regionaltreffen Süd-West  
 25.04. Fachtagung "Hilfe zur Arbeit", Frankfurt

#### Mai

- 09.05./10.05. Zentrale Bewohnertagung, Oberreifenberg  
 11.05. LAG-Mitgliederversammlung, Oberreifenberg  
 31.05./02.06. "Alltag in einem fremden Land", Kooperationstagung mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit, Bodenrod

#### Juni/Juli

- 11.06. Rollende Tagung des Referats Existenzsicherungsberatung  
 25.07.-28.07. Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen

#### September

- 06.09.-08.09. 1. Regionaltagung "Frauen", Rotenburg  
 20.09.-22.09. 2. Regionaltagung "Frauen", Rotenburg  
 27.09.-29.09. Wochenendtagung der hess. Sozialhilfeinitiativen, Bodenrod  
 30.09. Regionaltreffen Süd-West

#### Oktober

- 02.10. Regionaltreffen Süd  
 03.10. Regionaltreffen Mitte

#### November/Dezember

- 03.11. LAG-Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen  
 22.11.-24.11. "Bildungskonzepte in der Gemeinwesenarbeit", Kooperations- tagung mit dem Burckhardthaus, Gelnhausen  
 02.12./03.12. Auswertung der Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte